

# PARLAMENTSTICKER

AUS DER STADTBÜRGERSCHAFT | 15. SEPTEMBER 2020



## GESUNDHEIT NORD KLINIKVERBUND BREMEN

### ANTRAG **KOMMUNALE KRANKENHÄUSER** ZUKUNFTSFEST AUFSTELLEN

**Die Zukunft des kommunalen Klinikverbundes Gesundheit Nord (Geno) war heute ein Thema in der Stadtbürgerschaft. Das Parlament beschloss einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, in dem es den Senat auffordert, die vier kommunalen Häuser in Mitte, Ost, Nord und Links der Weser durch ein Bündel von Maßnahmen zukunftsfest aufzustellen – auch und vor allem angesichts der Folgen der Corona-Pandemie. Dabei geht der Blick aber auch über die kommunalen Kliniken hinaus.**

„Die Corona-Pandemie hat uns noch einmal ganz deutlich vor Augen geführt, wie wichtig ein gut aufgestellter Gesundheitssektor ist“, sagte der haushalts- und finanzpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Arno Gottschalk, heute in seiner Rede in der Bürgerschaft. „Es hat sich gezeigt, dass es gut ist, dass wir in diesem Bereich und in den Krankenhäusern nicht so stark heruntergespart haben wie zum Beispiel Spanien und Italien. Aber zur Wahrheit gehört auch: Der Gesundheitssektor steht finanziell unter Druck – und das gilt insbesondere für Maximalversorger wie die Geno.“



Arno Gottschalk

Die Geno, so der Sozialdemokrat

weiter, stehe also weiterhin vor großen Herausforderungen – und dies auf mehreren Ebenen.

So sei die Geno-Geschäftsführung nach wie vor gefordert, die innerbetrieblichen Prozesse zu optimieren und das Defizit abzubauen. Effekte, die sich aus der Corona-Pandemie ergäben, müssten dabei berücksichtigt, aber gleichwohl separat betrachtet werden. Dazu nötig sei auch eine zukunftsfähige Medizinstrategie, erklärte Gottschalk, der zudem auch die Bremer Politik in der Pflicht sieht. „Unsere Aufgabe ist es, die Strukturen in den Blick zu nehmen. Wir müssen Pflegelücken schließen, und es ist völlig klar, dass dies ein längerer Prozess sein wird, in dessen Rahmen wir es auch schaffen müssen, ausreichend Nachwuchs zu gewinnen und mehr Menschen für die Pflege auszubilden. Wir müssen den Bereich der Kurzzeitpflege betrachten und

hier ein ausreichendes Angebot schaffen. Und wir müssen uns ganz generell mit der Frage auseinandersetzen, wie das Krankenhauswesen in Bremen gut für die Zukunft aufgestellt werden kann.“

Zu diskutieren sei aber auch auf Bundesebene über die Krankenhausfinanzierung, erklärte Gottschalk abschließend. „Das ist nach wie vor ein großes Thema und nach wie vor gilt es, hier zu Verbesserungen zu kommen und dafür zu sorgen, dass in Bremen auch etwas davon ankommt. Es muss insgesamt mehr Geld ins Gesundheitswesen fließen. Das ist eine Aufgabe an den Bund – und es gilt nun, den Druck aufrecht zu erhalten, damit dies auch geschieht.“

**>Antrag: Den kommunalen Klinikverbund sichern, die Krankenhauslandschaft in der Stadt Bremen zukunftsfähig gestalten**  
[https://bit.ly/geno\\_sichern](https://bit.ly/geno_sichern)

## ANTRAG **WENIGER LAUBLÄSER MIT VERBRENNUNGSMOTOREN**

Ein typisches Bild im Herbst: Braunes Laub bedeckt Straße, Fuß- und Radwege. Setzt dann auch noch ein jahreszeittypischer Regen ein, wird das Laub schnell zur rutschigen Gefahr. Um dem Risiko Herr zu werden, setzen die Stadtreinigungen auf Laubsauger und -bläser.

Doch der Einsatz dieser Geräte, die, wenn sie mit einem Verbrennungsmotor ausgestattet sind, bis zu 115 Dezibel erreichen können, ist nicht unproblematisch. Arbeitsökonomisch sind sie jedoch eine große Entlastung. „Die Umweltbetriebe bewältigen jährlich etwa 5.000 Tonnen Laub“, so Arno Gottschalk, umweltpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, während der Debatte in der Stadtbürgerschaft. „Und Pi mal Daumen heißt es: Eine Person mit Laubbläser schafft so viel, wie vier Personen mit Harken.“ Doch was Lärmpegel, Feinstaub und Abgase angehe, seien die Geräte eine Gefahr für Mensch und Umwelt.

Laubbläser seien demnach ein ökologisches Problem, ein nachbarschaftliches Ärgernis, und vor allem ein Fall für den Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz. Doch was tun? „Es gibt durchaus Ansätze, diese Geräte zu verbieten. Einige US-amerikanische Städte verbieten Laubsauger und



-bläser seit den 1970er Jahren, in Europa gibt es ein solches Verbot beispielsweise in Graz.“ Dies sei jedoch eine feinstaubbedingte Ausnahmesituation in Europa. „Das europäische und das Wettbewerbsrecht machen ein Verbot solcher Geräte jedoch unmöglich“, erklärte Gottschalk. Ein erster Schritt, so der Sozialdemokrat, sei die Reduktion der Einsätze von solchen Geräten mit Verbrennungsmotoren und ein Übergang zur akkubetriebenen Laubsaugern und -bläsern. „Die Bremer Stadtreinigung schafft keine Geräte mit

Verbrennungsmotoren mehr an, und auch die Umweltbetriebe haben eine Bereitschaft zum Umstieg signalisiert“, berichtete Gottschalk in seiner Rede. Zudem sei die Möglichkeit zu prüfen, bereits angeschaffte Geräte vorher auszurangieren. Auch die Reduktion von Flächen, auf denen Laub beseitigt wird, sei zu prüfen, so Gottschalk abschließend. „Einfach ist die Empfehlung allerdings für den privaten Verbraucher: Verzichten Sie auf solche Geräte, gehen Sie zurück zur Harke. Das ist sportlicher, das ist nachbarschaftlicher, das hilft allen.“

## FRAGESTUNDE **CORONA: PERSÖNLICHE BERATUNG IM JOBCENTER**

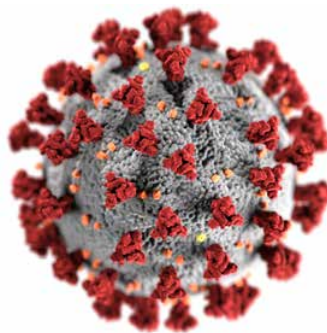
Die Corona-Pandemie hat in vielen Branchen zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. Noch problematischer für die Betroffenen wird es, wenn nach dem Verlust der Anstellung die Beratung im Jobcenter nicht im direkten Kontakt stattfindet, sondern nur über andere Kommunikationskanäle.

Insbesondere, wenn technische und sprachliche Hürden aufkommen, erschwert das die Beratung enorm. Die sozialpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, hat deswegen nachgefragt: Wie bewertet der Senat den Umstand, dass seit März nur noch im Einzelfall eine persönliche Beratung stattfindet? Welche Maßnahmen könnten geeignet sein, diesen Zuständen entgegenzuwirken? Und sieht der Senat die Gefahr einer langfristigen Verschlechterung der persönlichen Beratung?



Birgitt Pfeiffer

Wie der Senat schriftlich mitteilt, sei ihm die Bedeutung persönlicher Vorort-Gespräche bewusst. Deshalb treffe man Vorkehrungen, um den Kontakt unter Berücksichtigung der Abstands- und Hygieneregeln weiterhin zu ermöglichen.



In 22 von 34 Servicebüros sei nach aktuellem Stand wieder eine persönliche Beratung möglich. Die kontaktlose Beratung auf telefonischem oder digitalem Wege sei jedoch in den letzten Wochen und Monaten durchaus gut angenommen worden, berichtete der Senat weiter. Man habe die

telefonische Erreichbarkeit der Jobcenter erheblich ausgeweitet, und auch Notfalltermine hätten im Regelfall innerhalb eines Tages vergeben werden können.

Insbesondere Menschen mit Sprachschwierigkeiten, ohne Zugang zu digitalen Endgeräten oder in schwierigen Lebenslagen sei umgehend die Möglichkeit einer persönlichen Beratung zur Verfügung zu stellen, so der Senat. Man arbeite an einer zügigen Umsetzung. Die Gefahr einer langfristigen Verschlechterung der Beratung sehe der Senat nicht. Vielmehr befürworte er den Ausbau digitaler Kommunikationswege, um Beratungsaufwand zu reduzieren. „Können mehr Anliegen telefonisch oder online geklärt werden“, so der Senat, „gewinnen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Zeit, um verstärkt Kundinnen und Kunden, die einen erhöhten Unterstützungsbedarf aufweisen, persönlich zu beraten.“

## FRAGESTUNDE VERKEHRSPROBLEME AM SCHWACHHAUSER RING

In Bremen wird gebaut – dies ist soweit nichts Ungewöhnliches. Doch seit vergangenem Monat wird am Schwachhauser Ring gebaut, Kanalarbeiten auf über 650 Metern Länge finden statt. Dass ein so zentraler Knotenpunkt wie der Schwachhauser Ring betroffen ist, und dies auch noch für mehr als ein Jahr, stößt einigen Bewohner\*innen der betroffenen Quartiere sauer auf.

Deshalb fragte unsere Abgeordnete Antje Grotheer beim Senat nach: Wann wird es eine eindeutige und informative Ausschilderung über Ausweichstrecken geben? Wie will der Senat sicherstellen, dass der Ausweichverkehr die Geschwindigkeitsbegrenzungen der Ausweichstrecken respektiert? Und hält der Senat die baustellenbedingte Linienführung der Buslinie 22 für angemessen, oder kann er sich eine Alternativroute vorstellen?

Hinweistafeln, so der Senat, wurden bereits im Juli aufgestellt, die Anwohner\*innen habe man kurz darauf informiert. Großflächige Hinweistafeln sowie eine umfassende Umleitungsbeschilderung würden die Änderungen ausreichend ausweisen.

Verkehrsbeschränkende Maßnahmen seien nach Ansicht des Senats nicht sinnvoll.



Antje Grotheer

Die Ausweisung der Emmastraße als Einbahnstraße sowie die Unterbindung der Zufahrtsmöglichkeiten in das Quartier durch Schranken sei erfolgt, da verkehrsbeschränkende Maßnahmen am

Knotenpunkt Schwachhauser Heerstraße/ Kirchbachstraße/ Schwachhauser Ring mit dem Ziel, eine Quartierszufahrt über die Schumannstraße/ Emmastraße während der Bauzeit offen zu halten, sich als nicht ausreichend erwiesen hätten, um quartiersfremde Ausweichverkehre zu unterbinden. Die Umleitung der Busse via Stern sei die sinnvollste Möglichkeit gewesen, um die negativen Beeinträchtigungen der Fahrgäste möglichst gering zu halten, so der Senat. Eine Umleitung über die Horner Straße / Achterstraße sei auch wegen des Bahnübergangs die schlechtere Wahl gewesen, da es so zu betriebsbedingten Verzögerungen hätte kommen können. Alle weiteren möglichen Alternativtouren, beispielsweise über die Emmastraße, so der Senat, seien nicht für die auf der Linie 22 eingesetzten und erforderlichen Gelenkbussen geeignet.